

Hustle Economy oder die Plattformisierung von Arbeit und Leben

Fortsetzung von Seite 1

verbracht wurde. Viele Aspekte des Alltags wurden und werden online, flexibel und individuell organisiert, Kontakte konnten so reduziert und die Versorgung selbst in Fällen von Quarantäne gesichert werden.

Die Angebote der international agierenden Arbeits- und Dienstleistungsplattformen wie Delivery Hero, Just Eat Takeaway.com, aber auch von Uber, Bolt, Care.com und Co sind dadurch noch bedeutsamer geworden. Plattformen machen das Leben vieler Menschen leichter, also machen Dinge kostengünstig, rasch und unkompliziert zugänglich. Und sie ermöglichen für viele Menschen alternative Möglichkeiten zur materiellen Existenzsicherung. Die Plattformlogik befördert bisweilen jedoch auch wettbewerbsfeindliche Wachstumsmodelle und prekäre Arbeitsformen.

Die Macht von Plattformen

Die Umsätze der europäischen Arbeits- und Dienstleistungsplattformwirtschaft ist zwischen 2016 und 2020 von 3 Milliarden auf mehr als 20 Milliarden Euro gewachsen. Und allein Delivery Hero („mjam“) und Just Eat Takeaway.com („Lieferando“) konnten, obgleich sie aufgrund ihrer radikalen Geschäftsstrategie (bestehend aus strategischen Übernahmen, Einzug von Markteintrittsbarrieren und Expansion) nach wie vor operative Verluste schreiben, ihre Umsätze in den letzten Jahren vervielfachen und 2021 noch einmal verdoppeln. Kritisch anzumerken ist, dass viele Plattformkonzerne – private Akteure – mittlerweile so viel (Daten-)Macht erlangt haben, dass sie eine marktbeherrschende, monopolartige Stellung innehaben – man spricht, davon, dass sie nicht auf Märkten agieren, sondern diese besitzen. Sie erlassen ihre eigenen Richtlinien, setzen ihre Betriebssysteme als Standards durch, um technische Neuerungen entweder zu verhindern oder zu steuern, haben also eine erhebliche ökonomische Macht. Vom Kartell- und

Wettbewerbsrecht sind sie dennoch aufgrund des Problems der schwierigen Marktabgrenzung der digitalen Wirtschaft (noch) nicht adäquat erfasst.

Die Tatsache, dass der Erfolg von Plattformen ohne den Einsatz menschlicher Arbeitskraft, durch die von Plattformen angebotenen Leistungen überhaupt erst erbracht werden können, wird seltener thematisiert. Dabei nimmt Arbeit, die über Plattformen abgewickelt wird zu – und das unter oftmals rechtlich unklaren und sozial unsicheren Umständen. So waren nach Angaben der Europäischen Kommission im Jahr 2021 bereits rund 28 Millionen Menschen über Online-Plattformen beschäftigt, bis 2025 sollen es schon rund 43 Millionen Personen sein.

Die Schattenseite aus sozial- und wirtschaftspolitischer Sicht ist, dass mit der Marktmacht der Plattformkonzerne auch die Grauzone zwischen rechtlich abhängiger und selbstständiger Beschäftigung gewachsen ist. Damit fällt eine immer größere Gruppe von wirtschaftlich abhängigen Erwerbstätigen aus dem Geltungsbereich des Arbeitsrechts. Gewerkschaften äußern schon seit Jahren massive Bedenken hinsichtlich der Umgehung des Sozialschutzes, der Steuergesetze und vor allem von Mindestentgeltbestimmungen und Kollektivverträgen. Und so werden sehr niedrige Entgelte bezahlt; Daten von Eurofund aus dem Jahr 2018 zeigen, dass rund 55 Prozent der über Plattformen arbeitenden Menschen weniger als den Mindeststundenlohn verdienen, der in dem Land in dem sie tätig sind, gilt. Zudem verbringen Beschäftigte von Plattformen rund 8,9 Stunden pro Woche mit unbezahlten Aufgaben.

Plattformen gehen oft undifferenziert davon aus, dass es sich bei den von ihnen „Beauftragten“ um Selbstständige handle. Zwar sind sie häufig bei korrekter rechtlicher Prüfung als Arbeitnehmer*innen einzuordnen, die grenzüberschreitende Dimension macht eine Rechtsdurchsetzung im

Einzelfall jedoch schwierig. Gerade bei Botenfahrten, Zustelldiensten oder in der Personenbeförderung waren in der Vergangenheit immer wieder Konstruktionen zu beobachten, die zum Ziel hatten, den Arbeitgeber*innenstatus von Plattformen zu umgehen, wie eine ganze Reihe von höchstgerichtlichen Gerichtsentscheidungen der letzten Jahre zeigen.

Soziale Regulierung von Plattformen?

Seit Jahren haben NGOs, Arbeitnehmer*innen-Vertretungen, gewerkschaftliche und selbstorganisierte Initiativen diese Entwicklungen benannt, kritisiert und mehr Rechts- und Sozialschutz eingefordert. Die Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat darauf reagiert, ein Legislativvorhaben angekündigt und nach den EU-Sozialpartnerverhandlungen im Dezember 2021 einen Richtlinienentwurf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit vorgelegt. Er widmet sich drei Regulierungsbereichen: der Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit, der Schaffung von mehr Transparenz und Fairness sowie der Einführung von umfassenden Informationspflichten und erweist sich als problembezogener und durchaus origineller, interessensausgleichender Policy-Ansatz. Im Zentrum eine Bestimmung, die eine sogenannte „widerlegliche Vermutung“ zugunsten eines Arbeitsverhältnisses festlegt. Dabei wird gesetzlich davon ausgegangen, dass ein Arbeitsverhältnis der Plattformbeschäftigten besteht, wenn bestimmte Leistungskontrollkriterien vorliegen; es sei denn, die Plattform beweist das Gegenteil – so soll Scheinselbstständigkeit unabhängig vom Einzelfall wirksam bekämpft werden.

Der Richtlinienentwurf hat das Potential, über die Plattformarbeit hinaus auf das allgemeine europäische Arbeitsrecht und die Beschäftigungsqualität in der digitalen Sphäre auszu-

strahlen. Er könnte mittelbar auch die angebotsseitige Übermacht der Plattformkonzerne eindämmen und so zu fairem Wettbewerb beitragen. Erst einmal müssen jedoch nun die nationalen Staats- und Regierungschef*innen im Europäischen Rat davon überzeugt werden, diese für die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen von Plattformbeschäftigten dringend

notwendige Richtlinie überhaupt zu verabschieden.

Eine solche soziale Regulierung digitaler Dienstleistungen aller Art wäre aus sozial- und wirtschaftspolitischer Sicht dringend geboten – sowie der Digitalwirtschaft insgesamt. Plattformen sind versorgungsökonomisch hochgradig relevante Infrastrukturen. Ein leitendes Prinzip dafür sollte sein, dass

der Wohlstand, den Plattformen generieren, allen Involvierten zu Gute kommt, insbesondere denen, die wirtschaftlich und damit existenziell von diesen Arbeiten abhängig sind.

*Christian Berger, BA MSc LLM,
Arbeiterkammer Wien
– Wirtschaftspolitik*

„Das Prinzip Amazon“

Eindrücke von der Tagung „Das Prinzip Amazon“ des EZA – Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen von Irene Huss, Betriebsseelsorgerin im Treffpunkt mensch & arbeit Braunau

„Der Roboter entscheidet über den Arbeitsrhythmus, die Menschen sind unter Kontrolle der Maschinen und des Managements. Kein Gang bleibt unbeobachtet. Die Software informiert Vorarbeiter sofort, wenn Mitarbeiter*innen zu wenig produktiv sind oder zu lange Pause machen.“ Das ist kein Textausschnitt eines futuristischen Science-Fiction Romanes, das ist die Arbeitsrealität der Mitarbeiter*innen des großen Onlinehändlers.

Amazon ist in folgenden Branchen tätig: Online Versandhandel, Technologie, IT-Dienstleister, Cloud-Dienste, Logistische Dienstleistungen, und ist somit nahezu in unser aller Leben in irgendeiner Weise angekommen. In Deutschland gibt es bereits 50 Sortier- und Verteilerzentren, und weitere sind in Planung.

Darüber hinaus hat der Konzern mehrere Tochterunternehmen: Fa. AWS (Cloud Computing Unternehmen), ist die 2006 gegründete Goldmine des Konzerns. Amazons Cloud ist die größte der Welt, ganze Regierungen haben dort ihre Daten gespeichert.

Seit 2017 wird Amazon Logistics aufgebaut – Unabhängigkeit von Hermes, dhl oder Post ist das Ziel.

Für die Angestellten sind im Durchschnitt 15 kg je Paket zu heben und 15 km laufen pro Schicht eine Grundvoraussetzung. Etwa 200 Pakete pro Tag müssen ausgeliefert werden, über 10 Stunden beträgt die Arbeits-

zeit täglich und die Arbeitszeit wird erst ab Beladung oder erster Zustellung gerechnet. Das Startmeeting zählt nicht dazu. Das Schlüsselement, das der Konzern verwendet, ist Digitalisierung in jedem Bereich und so ist Überwachung, Beschleunigung und Druck jederzeit möglich. Das moderne, harmlos klingende Wort dafür ist *Optimierung*. Die Arbeitsverträge sind meist befristet. Die Ungewissheit, ob der Vertrag verlängert wird, erzeugt Druck. Der Großteil der Verträge wird mit Sub- oder Subunternehmen abgeschlossen, vor allem bei den Fahrer*innen. Im Krankenstand gibt es kein Geld. Es gibt daher drei Hauptforderungen der Arbeitskräfte und der Gewerkschaften an den Konzern: höhere Gehälter, stabile Arbeitsverträge, Arbeitsgeschwindigkeit senken.

In Werbespots gibt sich der Konzern gerne umweltbewusst und nachhaltig. Tatsächlich werden z. B. Kühlschränke die zurückgeschickt werden verschrottet. Vernichten ist billiger als spenden. Selbst in den Verteilerhallen stehen Destroy-Kisten, die mit jenen Artikeln gefüllt werden, die beim Umräumen in den Hallen zu Boden fallen. Egal, wie gut verpackt der Artikel war. Eine große Schwierigkeit ist generell, dass der Konzern für Arbeitnehmer*innenvertretungen nicht als Ansprechpartner zur Verfügung steht. In Italien wurde 2021 erstmalig in Europa eine Verein-

barung der Gewerkschaften mit dem Konzern erreicht. Hier waren nach intensiver und langer Vorarbeit alle Firmen, auch alle Subunternehmen und Driver der ganzen Versorgungskette eingebunden. Alle haben gestreikt.

Der 22. März 2021 ist in die Geschichte eingegangen: Ein Vertragsabschluss für alle Beteiligten wurde erreicht. Nun ist der Konzern in Italien gezwungen, mit den Arbeitnehmer*innenvertretungen zu sprechen und alle haben einen verhandelten Mindestlohn.

In Deutschland hat der Konzern bei der Ansiedelung Unterstützung vom Staat bekommen. Immer wieder lassen sich Kommunen zur Ansiedelung überreden, indem mit Arbeitsplätzen und kurzfristigen Aufträgen für regionale Betriebe gelockt wird (z. B. für örtliche Bauunternehmen und Elektrikbetriebe). Nachhaltig sind die Geschäftsbeziehungen aber nicht. Es gibt keine Steuereinnahmen für eine Kommune, gleichzeitig steigt das Verkehrsaufkommen, somit auch die Kosten für Straßenerhaltung und die Umwelt wird ebenso belastet. Die Auswirkungen auf die örtlichen Fachgeschäfte und Betriebe kann man sich ausmalen.

Dass die Überwachung von Arbeitskräften, z. B. in Deutschland, verboten ist, wird einfach ignoriert. Amazon umgeht alle möglichen arbeitsrechtlichen Richtlinien. Es ist Zeit Amazon Zügel anzulegen.

Bilder, die die Welt bedeuten?

Die vielen Bilder auf Social Media stehen zum Erlebten in einem Spannungsverhältnis. Wie können wir zu gesicherten Informationen kommen.

*Hannes Stummer,
epicenter.works*

Die Realität hat viele Facetten. Viele davon sind aber bloß Inszenierungen von Realität. Diese machen wir uns stellenweise so zu eigen, dass die Inszenierung in eine tatsächliche Realität übergeht und so zum gesellschaftlichen Standard wird. Ein Beispiel für diesen Prozess sind Schönheitsideale, die sich über Jahrtausende hinweg stets langsam gewandelt haben.

Nun, seit es schnelle, elektronische Mittel für diese Art der Realitätserzeugung gibt, passiert das, was früher Jahre, Jahrzehnte oder Jahrhunderte gedauert hat, in Millisekunden, noch weiter angefeuert durch die schiere Menge an Bildern, die wir konsumieren. Ein durchschnittlicher Mensch im 15. Jahrhundert hat in seinem ganzen Leben maximal 50 Bilder gesehen. Ein durchschnittliches Video läuft heute mit 24 Bildern pro Sekunde. Schaut man Teenagern zu wie sie soziale Medien auf Mobilgeräten konsumieren, wird man schwindlig ob des Tempos, mit dem gewischt, geschaut, geliked und wieder vergessen wird. Was dabei aufwändig in Szene gesetzte Realität ist und was vielleicht nur ein einfacher, witziger Schnappschuss aus dem Leben, verschwimmt.

Krieg um Schönheit, Schönheit im Krieg

Wissenschaftler*innen haben herausgefunden, dass Menschen ihr Leben in sozialen Medien so idealisiert darstellen, dass sie oft ihrer eigenen Inszenierung gar nicht genügen können und dann in große Sinnkrisen geraten. Wir selbst werden durch die Nutzung von Social Media zu Kompliz*innen unseres eigenen Problems und fallen auf die vorgegaukelte Geborgenheit, Freude, Freundschaft und Gemütlichkeit hinein – alles Dinge, die wir wieder und wieder erleben wollen.

Doch plötzlich ist der Krieg in der Ukraine in unserer Timeline.

Freund*innen diskutieren darüber, wir sehen kommentierte Bilder, die sich teilweise als Nachrichten präsentieren und werden ungefragt überschüttet mit Informationen. Denn der Algorithmus will uns möglichst lange auf der Plattform halten und zeigt uns möglichst viele Inhalte, die uns auf einer tiefen Ebene berühren.

So erleben wir einen „Hochglanzkrieg“ in einem „neuzeitlichen Anzeigenblatt“. In der flauschigen Welt der sozialen Medien wird ein tödlicher Krieg bunt und hübsch. Das dargestellte Leid auf den Bildern wird so eingebettet, dass selbst der Tod eines jungen Menschen wirkt, als würde er sich bei seinen besten Freund*innen für die letzte Party bedanken. So war es unlängst – zum Beispiel – auf Twitter zu sehen: Ein junger Mann auf einem hübschen Bild mit Waffe in der Hand, als wäre er im Ferienlager. Die Bildunterschrift sagte in etwa, man werde ihn vermissen, den Helden, den getöteten Sanitäter. Selten war das Lebensende so einfach, so glorreich, so schön: Der Soldat, der lediglich als Sanitäter helfen wollte.

Andere Beispiele zeigen das gegenteilige Extrem und egal ob wahr oder nicht, die Bilder hinterlassen Spuren: Reste von Soldat*innen, die Massaker begangen haben sollen; „Böse, gegnerische“ Soldat*innen werden entmenschlicht. Mit einem Wisch wechselt Mitgefühl mit den Held*innen in Abscheu gegenüber den Täter*innen.

Wir können auch gar nicht anders, als den Bildern zu glauben, denn wir kennen ihren Kontext nicht. Bilder sagen mehr als tausend Worte und sprechen unsere Emotionen an. Aber was passiert mit der Wahrheit?

Fakten, Freund*innen und ein gutes Leben

Mittlerweile ist es wissenschaftlich gesichert, dass Donald Trump die Wahl

zum Präsidenten ohne Social Media wohl nicht gewonnen hätte. Ebenso ist es ziemlich wahrscheinlich, dass es den Brexit ohne massive Social-Media-Kampagnen auch nicht gegeben hätte. Auf der anderen Seite stehen die klassischen Medienhäuser unter Druck, weil gute Recherche viel Geld kostet, aber wenig Werbeeinnahmen in die Kassen spült. Die Betreiber sozialer Plattformen hingegen entziehen sich jeglicher Verantwortung, wenn ihre Medien als Katalysator für politischen Aufruhr fungieren. Halbwahrheiten oder falsche Informationen gehören dabei leider oft zur Tagesordnung.

Das Beispiel der Kriegsinszenierung zeigt jedoch, dass das Problem bei Social Media viel tiefer liegt, denn hier geht es nicht um journalistische Wahrheitsprüfung, sondern um die Art und Weise der Darstellung. Rein faktisch mag an der Meldung alles stimmen: Der junge Mann war Soldat und ist im Einsatz für die Ukraine gestorben. Aber klingt es nicht viel heroischer, wenn ein echter Held sich noch nach seinem Tod über Freunde bei seinen Truppen bedankt? Wird Krieg nicht genau durch dieses „Framing“ verharmlost, als wäre es Sport für eine an sich gute Sache?

Auf den klassischen sozialen Medien können wir uns diesen Geschichten nur schwer entziehen, denn sie sprechen unser tiefstes Bedürfnis nach Geborgenheit und Ganzheit an und das im Takt von Millisekunden. Dabei gibt es gute Alternativen abseits dieser Medienmaschine: Wir können uns Informationen aus validierten Kanälen holen. Wir können Bilder mit Freund*innen und Familie privat, in unseren eigenen Chatkanälen teilen. Dann müssen wir auch nicht abgestumpft durch alle Arten von automatisiert zusammengestellter Eitelkeit und Werbung wischen und entkommen diesem Sumpf an Inszenierung und uneinordenbaren Halbwahrheiten.

Nordisches Modell – Mittel gegen die Zwangsprostitution?

P. Mag. Hans Eidenberger vom Orden der Marianisten, setzt sich gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution ein. ein wirksames Mittel ist, das „Gleichstellungsmodell“, welches er hier vorstellt.

Im Tiroler Landtag wurde bereits über das „Nordische Modell“ abgestimmt. Worum geht es da? Es geht dabei um folgende Punkte: Zwangsprostitution aufdecken und abschaffen; Prostituierte gänzlich entkriminalisieren; Personen in der Prostitution Ausstiegshilfen und Bildung anbieten; Freier (= Sexkäufer) in die Verantwortung nehmen; den Kauf von Sex thematisieren und sanktionieren; gegen Menschenhandel vorgehen. Gleich vorweg: Jedes „JA“ zu einem dieser Punkte ist ein „JA“ für das „Nordische Modell“.

Aber fangen wir von vorne an: Nach einem jahrelangen Diskussionsprozess über Verminderung von Gewalt an Frauen und mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern in Gesellschaft und Politik wurde in Schweden 1999 ein umfassendes Gesetzespaket gegen patriarchale Strukturen und sexuelle Gewalt gegen Frauen beschlossen. Dieses Gesetzespaket beinhaltet auch einen Teil, der als „Schwedisches Modell“ bekannt wurde und nach dessen Einführung in Norwegen, Irland, Nordirland, und Island dann zum „Nordischen Modell“ wurde.

Nachdem nun die Regierungen von Kanada (2014), Frankreich (2017), Israel (2018) – und 2023 dann auch von Spanien – diese gesetzliche Regelung implementiert haben, wird vermehrt vom „Equality Model“ gesprochen, vom „Gleichstellungsmodell“.

Zentrale Punkte des Modells

Die Hauptsäulen dieses Gleichstellungsmodells bestehen darin, für völlige Entkriminalisierung all jener, die in der Prostitution sind, zu sorgen. Denn erst wenn die Prostituierten nichts zu befürchten haben, getrauen sie sich gegen die Täter und Ausbeuter auszusagen und brauchen keine Strafzahlungen (z. B. Steuerhinterziehung) zu befürchten. Denn ohne Aussage des

Opfers kann die Polizei nichts „anzeigen“. Was zur Folge hat, dass keine gerichtliche Verfolgung, keine Verurteilung möglich ist. Hier geschieht „kriminologische Ungerechtigkeit“. Weiters, dass es ein umfassendes Hilfsangebot für jene Menschen, die in der Prostitution arbeiten (müssen) gibt wie z. B. finanzielle Ausstiegshilfen, Arbeitsmöglichkeiten etc.

Ein Teil sind auch bessere Gesetze gegen Menschenhandel. Da geht es darum, die Nachfrage nach „Mädchen und Frauen“ einzudämmen. Das Modell beinhaltet auch ein sogenanntes „Sexkaufverbot“, das sich gegen die Kapitalisierung von Sexualität richtet und den Sex-Kauf unter Strafe stellt. Männer als Sexkäufer („Freier“) müssen in die Verantwortung genommen werden und ihre patriarchalen Denkmuster müssen hinterfragt werden. Prostitution ist ein „Männerproblem“.

Es müssen alle Ursachen aufgedeckt werden, die Menschen in die Prostitution treiben: Armutsprostitution, Ausbeutung durch neoliberale Wirtschafts- und patriarchale Familien-Systeme. Plakativ gesprochen: Die „arme Rumänin“ aus einer Roma-Siedlung würde niemanden interessieren, wenn nicht Geld mit ihr – in der Prostitution – zu machen wäre!

Ein holistischer Ansatz

Entscheidend ist ein holistischer Ansatz, der Frauen und Männer, Körper und Geist, Mentalität und Psyche, Individuum und Gesellschaft umfasst. Das heißt:

Bewusstsein für sexuelle Ausbeutung in der Öffentlichkeit schaffen.

Sensibilisierung in der Schule; Geschlechtergerechtigkeit lernen, Würde fördern, Hin- und nicht Wegschauen bei Ausbeutung.

*Training für Opfererkennung bei Polizei, Medizin, Flugbegleiter*innen.*

*P. Mag. Hans Eidenberger SM
„Aktiv gegen Menschenhandel – Aktiv für Menschenwürde in OÖ“*

Nationale Koordination dieser Maßnahmen; internationale Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung.

Antworten auf die Gegenargumente

Ein Argument gegen dieses Modell lautet: Frauen in der Prostitution würden in den „Untergrund“ gehen, wo es weniger Schutz für sie gäbe.

Die Erfahrungen aus Deutschland, wo Prostitution 2002 legalisiert wurde, zeigt, dass das nicht der Weg sein kann, denn das was für den Untergrund befürchtet wird, passiert jetzt genauso. Seit der Gesetzesnovelle sind die Zahlen enorm gestiegen, jedoch von den ca. 400 000 Prostituierten sind nur etwa 40 000 registriert. Liberalisierung fördert also nicht die Selbstständigkeit von „Sexarbeiterinnen“, sondern stellt den Ausbeutern straffreie Märkte zur Verfügung. EURO-POL hat dazu festgestellt: Wo Prostitution legalisiert wird, nehmen kriminelle Netzwerke und der ausbeuterische Menschenhandel – mit Milliardengewinnen! – zu. In den letzten 20 Jahren gab es in Deutschland 102 Prostituiertenmorde – in Schweden nur einen einzigen!

Mit einer Frage möchte ich schließen: Wie ging wohl die Abstimmung im Tiroler Landtag aus? Die Urteilsbegründung klingt in einer Zeitungsüberschrift so: „Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben und Prostitutionsberatung stärken“. Ist das nicht das „Nordische Modell“?

Es wäre nicht das erste Mal, dass in einem Landtag das Gleichstellungsmodell nicht richtig verstanden worden wäre.

Am 19. Jänner 2021 wird vom Landtag in Nordrhein-Westfalen berichtet: Der Antrag zum „Nordischen Modell“ war so hanebüchen, dass der Sonderbotschafter aus Schweden anreiste.

30 Jahre Pflegegeld in Österreich

Ein Meilenstein – damals – was hat er bewirkt und wo gibt es noch Nachbesserungsbedarf?

Nächstes Jahr steht uns ein besonderes Jubiläum ins Haus: Vor 30 Jahren trat das Bundespflegegeldgesetz in Kraft, das heißt in Österreich wurde das steuerfinanzierte Pflegegeld, als „zweckgebundene Leistung zur teilweisen Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen“ eingeführt, auf das seither alle betreuungs- und pflegebedürftigen Menschen einen Rechtsanspruch haben. Bis dahin war eine diesbezügliche Unterstützung föderalistisch bzw. nach Versicherungszweigen (z. B. Hilflosenzuschuss) zersplittert, demnach nicht für alle zugänglich und zudem äußerst gering.

Meilenstein der österreichischen Sozialpolitik

Mit der Einführung des siebenstufigen Pflegegeldes 1993 wurde abhängig vom Grad der Pflegebedürftigkeit, aber unabhängig von Versicherungszeiten und Vermögen, ein einheitliches und transparentes Leistungssystem kreiert, das eindeutig zu einer Verbesserung der finanziellen Lage von betreuungs- und pflegebedürftigen Personen beigetragen hat. Die Einführung des Pflegegeldes gilt seither als Meilenstein in der österreichischen Sozialpolitik. Über die Ausgestaltung der Leistungsebene, nämlich ob die Unterstützung im Pflegefall monetärer Art sein oder durch die Bereitstellung von sozialen Diensten erfolgen soll, wurde im Vorfeld heftig debattiert. Mit dem Argument, dass Geldleistungen mehr Wahlfreiheit ermöglichen, Pflege entweder innerfamiliär oder auch außerhäuslich zu organisieren, hat sich seinerzeit die Geldleistung als politisch mehrheitsfähig durchgesetzt.

Neue Räume für politische Geldleistungen zementieren geschlechterspezifische Arbeitsteilung

Auch wenn in den Bundesländern seither der Auf- und Ausbau eines adäquaten Dienstleistungsangebots forciert wurde, kann in vielen Fällen von Wahlfreiheit keine Rede sein. Zum einen gibt es nach wie vor quantitativ zu wenig ambulante Betreuung, die angebotenen Dienstleistungen entsprechen nicht zwangsläufig den (zeitlichen) Bedürfnissen der Betroffenen. Sie werden zwar häufig ergänzend in Anspruch genommen, aber eine maßgebliche zeitliche Entlastung sind sie in der Regel für Angehörige nicht, da die damit verbundenen Kosten das Pflegegeld bei weitem übersteigen.

Ein Beispiel: Der Pflegebedarf für die Pflegestufe 2 liegt bei mindestens 95 Betreuungsstunden im Monat und wird 2022 mit 305,00 Euro pauschal im Monat abgegolten. Rechnet man diesen Betrag auf die Mindestbetreuungsstunden um, so entspricht dies einem Stundensatz von 3,20 Euro! Das Anrecht im Falle der Pflegebedürftigkeit auf Geldleistung setzt mehr oder weniger voraus, dass (weibliche) Angehörige bereit und in der Lage sind, den Großteil der notwendigen Betreuung und Pflege unentgeltlich zu übernehmen. Auch diverse andere Regelungen (wie z. B. beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung, begünstigte Weiterversicherung für pflegende Angehörige in der Pensionsversicherung) zielen darauf ab, im Falle der familiären Pflege-tätigkeit den (temporären) Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt zu erleichtern und damit die tradierte familiäre, geschlechterspezifische Arbeitsteilung aufrecht zu erhalten.

Inflationsbedingter Wertverlust des Pflegegeldes liegt bei mindestens 30 Prozent

Da das Pflegegeld in den letzten drei Jahrzehnten nur sporadisch erhöht

*Ass.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Christine Stelzer-Orthofer,
Johannes Kepler Universität Linz*

wurde, liegt ein bedeutender Wertverlust vor: Bei der Pflegestufe 1 mit mindestens 65 monatlichen Betreuungsstunden, die derzeit mit 165,00 Euro unterstützt wird, liegt der Kaufkraftverlust bei 50 %, bei allen anderen sechs Stufen immerhin bei rund 30 %. Die seit 2020 eingeführte jährliche Valorisierung des Pflegegeldes mit dem Pensionsanpassungsfaktor kam zwar spät, wird aber helfen, weitere Inflationsverluste für die Bezieher*innen abzufedern.

In Deutschland wurde die Absicherung des Pflegerisikos 1995 als fünfte Säule der Sozialversicherung etabliert, finanziert aus Beiträgen von Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, die zweifelsfrei mit einer Erhöhung der Lohnnebenkosten einhergeht und Arbeitskosten zusätzlich belastet. Ferner stellt sich beim Versicherungsprinzip die Frage, welche Personengruppen unter welchen Voraussetzungen Anspruch auf Pflegegeld haben, ebenso ob und wie jene Personen ohne Pflegeversicherung einbezogen und abgesichert sind.

Das österreichische Pflegegeldsystem ist universalistisch aufgebaut, steht so allen zu, (unabhängig von Sozialversicherung, Einkommen und Vermögen), was mitunter in der politischen Diskussion als Gießkannen-Prinzip diskreditiert wird. Das Argument der mangelnden sozialen Treffsicherheit führt insofern ins Leere, da Betreuung und Pflege nur mit einem erhöhten Aufwand zu bewerkstelligen sind, der auch mit einer über dem Durchschnitt liegenden Pension kaum zu stemmen ist.

Fazit

Das Pflegegeld ist „in die Jahre gekommen“ und wird nicht mehr allen Erwartungen gerecht. Auch wenn der Ausbau von mobilen sozialen Dienstleistungen

Fortsetzung von Seite 6

vorangetrieben wurde, kann von Wahlfreiheit keine Rede sein, Pflege ist de facto nach wie vor unbezahlte Frauensache ... Trotz der durch das Pflegegeld bewirkten sozialen Abfederung und der im Sommer beschlossenen Pflegereform (z. B. Bonus für Angehörige, Gehaltserhöhung Pflegepersonal) wird es weiterer Maßnahmen und Anstrengungen bedürfen, um ein Altern in Würde, das wir uns alle wünschen, zu ermöglichen.

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - interesse - interesse - in
e - in

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

U. Herrmann: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden.

Verlag Kiepenheuer&Witsch, Köln 2022, 341 Seiten.

Der Kapitalismus hat uns viel Positives gebracht: Wohlstand, Demokratie usw., aber auch Umweltzerstörung und Klimakrise. Der Kapitalismus kann aber nur durch Wachstum bestehen und das kann nur durch mehr Verbrennen von fossilen Brennstoffen erreicht werden, da die Alternativenenergien (Sonne, Wind, Wasser) dazu nicht ausreichen. Wir müssen uns also vom Wachstum verabschieden und eine Kreislaufwirtschaft anstreben, in der nur noch verbraucht wird, was sich recyceln lässt. Als Vorbild für eine andere Wirtschaftsweise führt die Autorin die britische Kriegswirtschaft ab 1939, in der die Regierung die Wirtschaftssteuerung in die Hand nahm, d.h. Rohstoffe, Kredite, Arbeitskräfte wurden zugeteilt, Mangelgüter wurden rationiert. Das ist zwar auch nicht der Idealzustand einer Wirtschaft, aber für andere Systeme fehlen noch umsetzbare Modelle. Klimaschutz ist nur möglich, wenn die Wirtschaft schrumpft und der Staat eine lenkende Rolle spielt. Es wird noch vieler Diskussionsbeiträge

bedürfen, um zu einem das Überleben sichernden System zu kommen.

J.B. Mac Kinnon: Der Tag, an dem wir aufhören zu shoppen. Wie ein Ende der Konsumkultur uns selbst und die Welt rettet.

Penguin Verlag, München 2022, 477 Seiten.

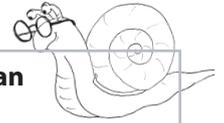
Welche Folgen hätte es, wenn wir plötzlich nicht mehr shoppen, sondern nur mehr die für uns notwendigen Dinge einkaufen würden? Was würde geschehen nach zwei Tagen, Jahren, Jahrzehnten? Wie würde sich unsere Welt, unser Leben und unser Denken verändern? J.B. MacKinnon untersucht, wie sich Menschen anpassen, wenn die Shopping-Kultur endet. Anhand vieler Beispiele weltweit (nicht nur bei uns, sondern auch in den sogenannten Entwicklungsländern) zeigt er die Vorteile für uns, unsere Gesellschaft und unseren Planeten, die eine Abkehr vom Einkaufswahn bringt. Ein äußerst interessantes Gedankenexperiment, das zum Nachdenken zwingt.

H. Mau: Entmenschlicht. Warum wir Prostitution abschaffen müssen.

Edel Verlagsgruppe GmbH, Hamburg 2022, 430 Seiten.

H. Mau schreibt über ihre eigenen Erfahrungen – Erfahrungen, wie sie zu Prostitution kam, was sie dort alles erlebt hat und wie es ihr gelang, diesem Milieu zu entkommen. Es sind erschütternde Berichte, die uns schockieren und fassungslos zurücklassen. Heute engagiert sie sich in dem von ihr gegründeten Netzwerk Ella, das sich für die Abschaffung der Prostitution einsetzt und Frauen beim Ausstieg aus der Szene unterstützt. Weiters setzt sie sich für das sogenannte „Nordische Modell“ ein (in Schweden seit 1999), bei dem vor allem die sogenannten „Freier“ mit Geldbußen und sogar mit Kerker bestraft werden. Ferner werden konkrete Ausstiegshilfen angeboten. Das Ziel des nordischen Modells ist die Reduzierung der Nachfrage und hat zu einem bereits feststellbaren Einstellungswandel in der Gesellschaft geführt. Diese Modell ist auch bei uns bereits in Diskussion.

Spar-Tipps, die man sich sparen kann



Regt Sie der Klimabonus für Asylwerber auch so auf? Nein? Gut. Das war eine rhetorische Frage. Ich wage davon auszugehen, dass die Leser*innen von „Interesse“ nicht auf hinterfotzige Ablenkungsmanöver hereinfallen: „Das ist nicht mehr meine Welt!“, sagt ein privilegiertes Akademikerkind und tritt als Generalsekretärin einer Partei zurück, die sich einmal „christdemokratisch“ nannte. Es ist, als würde ich „Wo ist das Katzi?!“ schreien, damit die kleine Hündin kläffend in den Garten rennt, während ich drinnen unbehelligt von ihren hungrigen Augen meinen Doppelrahmstufen-Camembert jausnen kann.

Bleiben wir seriös. Ärgern Sie die Spartipps seitens der Privilegierten auch so? Wenn deutsche Ministerpräsidenten vorschlagen, doch mal den Waschlappen zu nehmen. In Tageszeitungen bekommen wir den Tipp, die Heizung zwei Grad zurückzudrehen und mit dem ersparten Geld edle Strickmode zu shoppen – außerdem muss man ja Kashmir nicht so oft waschen! Alleinerziehende Mütter könnten also den Klimabonus in einen neuen Look investieren. Sie frieren immer noch, schauen aber schick dabei aus. Die meisten Gefühle verursachte mir ein Motorradhersteller und „Museums“-Leiter, der ein „Totalversagen der EU“ verkündete, weil der Strompreis seine Rendite schmälert. Hätte er halt nicht jenen Regierenden 436.563,00 Euro gespendet, die vor Putin im Staub knicksten! Warum regt es uns eigentlich nicht auf, dass auch Generalsekretärinnen und Industrielle den Klimabonus bekommen?

Pardon, heute bin ich misslaunig. Vielleicht liegt es nur am nahenden Winternebel oder an den vielen Gefühlen einer Frau. Aber nicht ich bin zynisch, sondern die Verhältnisse. Am besten hole ich die Hündin wieder aus dem Garten und teile meinen Käse mir ihr.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
o, ter

TERMINE

Mut zum Handeln Zivilcourage-Training für junge Menschen ab 18

Richtet sich an junge Erwachsene ab
18 Jahren und Zivildienstler.

Sa., 26. Nov. bis So. 27. Nov. 2022,

Ort: Jugend- und Lehrlingszentrum
ZOOM, Kapuzinerstr. 49, 4020 Linz

Information und Anmeldung:

kj@dioezese-linz.at

☎ (0676) 87 76 33 20

kj-ooe.at/veranstaltungen

Lebendiger Boden – das unsicht- bare Netz des Lebens

Mi., 23. Nov. 2022, 19 bis 20.30 Uhr

Referent: *Martin Grassberger,
Mediziner*

Sepp Braun, Bio-Bauer

Information und Anmeldung:

puchberg@dioezese-linz.at,

☎ (07242) 47 537

www.schlosspuchberg.at

Monattreff Pax Christi OÖ Pazifismus als Verantwortung

Di., 29. Nov. 2022, 18.30 bis 20 Uhr

Referent: *Klaus Heidegger,
Klimaaktivist*

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:

www.dioezese-linz.at/urbiorbi

☎ (0676) 87 76 60 00

Dialog Brunch

Sa., 3. Dez. 2022, 9 bis 10.30 Uhr

Referent: *Heinz Mittermayr,
Abteilungsleiter KAB*

Ort: Dominikanerhaus Steyr,
Grünmarkt 1, 4400 Steyr

Information und Anmeldung:

www.dominikanerhaus.at

☎ (07252) 45 400

Tag des Judentums

Die Bedeutung des Namens in Judentum und Gedenkkultur

Di., 17. Jän. 2023, 19 Uhr

Referentin: *Susanne Gillmayr-Bucher,
Katholische Privat-Universität*

Barbara Staudinger,

Jüdisches Museum Wien

Ort: Katholische Privat-Universität

Linz, Bethlehemstraße 20, 4020 Linz

Information und Anmeldung:

gudrun.becker@dioezese-linz.at

☎ (0732) 76 10 32 56

Lebendiger Boden – Grundlagen Humusaufbau

Fr., 27. Jänner 2023, 9 Uhr bis

So., 29. Jänner 2023, 16 Uhr

Referent*innen: *Angelika*

*Lübke-Hildebrandt, Expertin für
Bodenqualität*

*Urs Hildebrandt, Baumschulist und
Ökonom*

Information und Anmeldung:

puchberg@dioezese-linz.at,

☎ (07242) 47 537

www.schlosspuchberg.at

**Autofasten**
Heilsam in Bewegung kommen



Es braucht Alternativen!

Auto stehen lassen & Öffis nutzen

Autofasten ist ein wirksames Mittel zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und
hilft daher, den Konsequenzen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene Initiative
vom **Aschermittwoch, 22. Februar bis Karsamstag, 8. April 2023** lädt
ein, das eigene Mobilitätsverhalten zu überdenken und auf sanfte Mobilität
umzusteigen.

Weitere Infos: **www.autofasten.at oder folgen Sie uns auf Facebook.
com/Autofasten.**

In eigener Sache

Dieser Ausgabe von INTERESSE liegt ein Zahlschein bei. Wir ersuchen Sie
um Einzahlung eines freiwilligen

Druckkostenbeitrages von 9 Euro für das Jahr 2022

IBAN: AT37 5400 0000 0001 6972

Verwendungszweck: 4902 31231 Druckkostenbeitrag "Interesse"

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Das Redaktionsteam

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Gesellschaft und Soziales,
Diözese Linz, Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 - 32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M - Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Oberösterreich